

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Rainer Kraft und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/1199 –**

Höhe der administrativen Auslagen von InsuResilience und deren Rückversicherungspartner sowie Nutzen für die deutsche Bevölkerung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die von der Bundesregierung unterstützte G7-Initiative InsuResilience verfolgt das Ziel, den Versicherungsschutz gegen, nach Auffassung der Fragesteller, nicht näher bestimmte „Klimarisiken“ für Menschen in Entwicklungsländern massiv auszubauen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellt dafür insgesamt 110 Mio. Euro zur Verfügung (www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/Klimarisikoversicherungen/index.html). InsuResilience bietet nach eigenen Angaben Klimarisikoversicherungen für Menschen in Entwicklungsländern an. Das zuständige Sekretariat wird im Auftrag des BMZ von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Bonn geführt. Das Sekretariat trägt nach eigenen Angaben zum Erfolg der InsuResilience-Initiative bei, indem es die Entwicklung nachfrage- und armutsorientierter Versicherungslösungen unterstützt. Es ist verantwortlich für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, fördert die Zusammenarbeit der Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft. Auf Basis von Finanzierungszusagen aller Akteure von insgesamt 550 Mio. US-Dollar ist nach Auffassung der Antragsteller festzustellen, dass Deutschland 38,6 Prozent der finanziellen Gesamtlast aller Staaten trägt (www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/Klimarisikoversicherungen/index.html).

1. Ist sich die Bundesregierung darüber im Klaren, das 38,6 Prozent der finanziellen Gesamtlast in keinem Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt Deutschlands steht?

Die G-7 Initiative InsuResilience wurde 2015 unter der deutschen G7-Präsidentschaft in Elmau gegründet. Bis 2020 sollen weitere 400 Millionen Menschen in armen und verwundbaren Ländern Zugang zu Versicherungsschutz gegen Klimarisiken erhalten, denn Klimarisiken sind ein Armutsrisiko. Nach Schätzungen der Weltbank von 2017 rutschen jährlich 26 Millionen Menschen durch Naturkatastrophen, die durch den Klimawandel verstärkt werden, in die Armut. In ihrem Bericht vom 22. März 2018 zu klimainduzierter Migration beziffert die Weltbank die Zahl der Menschen, die aufgrund schleichender Umweltveränderungen bis

2050 innerhalb ihrer Länder zu Migration gezwungen werden, auf bis zu 143 Millionen. Der Bericht unterstreicht den Handlungsbedarf, Lösungen für den Umgang mit Klimarisiken in Entwicklungsländern zu unterstützen. Versicherungsschutz gegen Klimarisiken hilft, verwundbaren Menschen in Regionen, die von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen sind, Zukunftsperspektiven zu sichern und damit Migrationsdruck in andere Regionen zu verringern.

An der G7-Initiative beteiligen sich neben Deutschland die USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Japan und die Europäische Union. Angesichts der Führungsrolle Deutschlands im Bereich Klimaversicherungen ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Beiträge für die G7-Initiative InsuResilience angemessen sind.

2. Wer sind die Rückversicherungspartner von InsuResilience, und ist durch die eventuelle Beteiligung deutscher Rückversicherer ein finanzielles Risiko für die deutsche Versicherungsbranche oder deutsche Versicherte auszuschließen?

Die deutsche und internationale Rückversicherungsindustrie entscheidet nach eigener Geschäftspolitik ob und ggfs. in welchem Umfang sie Vorhaben rückversichert. Den über die G7-Initiative InsuResilience entgeltlich rückversicherten Projekten liegt dabei die von Rückversicherungsunternehmen erstellte Risikobewertung von Geschäftschancen und -risiken zugrunde. Das Rückversicherungsgeschäft im Rahmen von InsuResilience nimmt zudem nur einen verschwindend geringen Teil des gesamten deutschen Rückversicherungsportfolios ein.

3. Ist der Bundesregierung bewusst, dass deutsche Bürger auch unter Naturkatastrophen zu leiden haben, und in welcher Weise möchte die Bundesregierung hier Risikoversicherungen unterstützen bzw. tut dies bereits?

Die Bundesregierung ist sich der Risiken für deutsche Bürgerinnen und Bürger durch Naturgefahren bewusst und ergreift daher gemeinsam mit den für den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenvorsorge zuständigen Bundesländern vielfältige Maßnahmen zur Risikovorsorge, Gefahrenabwehr, sowie zur Hilfe im konkreten Eintrittsfall sowie bei der Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen.

Nach den Hochwässern im Jahr 2013 etwa haben Bund und Länder einen Aufbauhilfefonds eingerichtet, der mit 8 Mrd. Euro ausgestattet wurde. Nach den Hochwässern im Jahr 2002 wurde ein Fluthilfefonds in Höhe von 6,5 Mrd. Euro eingerichtet.

Die Bundesregierung sieht aber auch eine Verpflichtung zur Eigenvorsorge, um mögliche Schäden möglichst gering zu halten bzw. die finanziellen oder wirtschaftlichen Folgen abzusichern. Die Bundesregierung sieht im Abschluss sogenannter Elementarschadensversicherungen einen wichtigen Beitrag zur Eigenvorsorge. Anders als in den von InsuResilience adressierten Entwicklungsländern, besteht in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich ein differenziertes Angebot von solchen Elementarschadensversicherungen durch die Versicherer.

Anders als die meisten Menschen in Deutschland, können sich die von InsuResilience unterstützten Menschen in Entwicklungsländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen pro Tag zwischen 1,9 und 15 US-Dollar meist die Versicherungen nur dann leisten, wenn eine Allianz wichtiger staatlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in einer gemeinsamen Anstrengung die Marktentwicklung und den Fokus auf Versicherungsprodukte für arme und verwundbare Menschen vorantreiben und die Kosten für die Versicherungen dadurch sinken.

